

Antrag B'90/Die Grünen vom: 12.06.2024 eingegangen am:	Gremium: Termin: TOP: Verantwortlich:	Ortschaftsrat Durlach
Thema: Stellungnahme zu den erforderlichen Maßnahmen, die sich aus dem Urteil des BVerwG zum aufgesetzten Parken ergeben		

Kontext:

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 6. Juni 2024 letztinstanzlich entschieden, dass die vielerorts gelebte Praxis, Parken auf den Gehwegen entgegen der eindeutigen Rechtslage zuzulassen, nicht rechtssicher aufrecht zu erhalten ist. Dies betrifft das sogenannte aufgesetzte Parken mit zwei Rädern auf dem Bürgersteig.

Pressemitteilung des Gerichts zum Urteil: <https://www.bverwg.de/pm/2024/28>

Dieses Urteil wurde grundsätzlich so erwartet, dennoch stellt es einen Paradigmenwechsel dar. Es wird vom Städte- und Gemeindebund und Verkehrsclubs wie z.B. dem VCD begrüßt, da es nun die lange erwartete Rechtssicherheit für alle Beteiligten bietet. Umweltverbände wie z.B. die DUH haben sich bereits klar positioniert und es ist davon auszugehen, dass betroffene, klagebereite Anlieger Unterstützung finden werden.

Es kann nun für alle Beteiligten, Stadtverwaltung, Menschen, die Parkflächen benötigen und Menschen, die auf ausreichend breite Gehwege angewiesen sind, nicht das Ziel sein, dass in Karlsruhe Straßenzug für Straßenzug freigelegt wird. Zudem ließe sich nach Aussage der Stadtverwaltung in Karlsruhe, „relativ problemlos auf die illegalen Stellplätze verzichten – es gebe ja genug freie Plätze in Parkhäusern und anderswo“. So zumindest laut einem Artikel im SPIEGEL 24/2024.

Weiterhin bietet dieses Urteil auch die Grundlage für sozialen Sprengstoff, sollten sich Stadtverwaltungen hier ihrer Verantwortung entziehen, den Sachverhalt zeitnah, ausgewogen und nachhaltig zu klären. Der Rechtsanspruch seitens der eingeschränkten Nutzerinnen gegenüber der Kommune ist räumlich begrenzt, d.h. es wird davon auszugehen sein, dass zukünftige Klägerinnen und unmittelbar leidtragende Halter von im öffentlichen Raum abgestellten Fahrzeugen Nachbarn sein werden. Es ist wichtig zu vermeiden, dass hier nachbarschaftlicher Zusammenhalt gefährdet wird.

Antrag:

Wir beantragen eine städtische Stellungnahme,

- (1) wie diesem Urteil nun Rechnung getragen werden soll,
- (2) wann mit einem Konzept, einer Lösung und einer Umsetzung zu rechnen sein wird und
- (3) wie auf den zu erwartenden Wegfall zahlreicher, heute zum Parken im öffentlichen Raum genutzter, Flächen reagiert werden soll.

Wir beantragen zudem, den Ortschaftsrat Durlach in den nun folgenden Schritten eng einzubinden und laufend zu informieren.

unterzeichnet von:

Johannes Ruf und die Fraktion B90/Die Grünen im OR Durlach